

V1 Böllerverbot jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 29.01.2023
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge
- 2 beschließen:
- 3 Jedes Jahr führen wir ab November eine Debatte um das Böllern an Silvester.
- 4 Während es in den vergangenen Jahren aufgrund der Corona-Pandemie zu einem
- 5 Verkaufsverbot für Böller und Feuerwerk kam, war der Kauf und das Abbrennen von
- 6 Feuerwerk dieses Jahr deutschlandweit fast überall wieder erlaubt.
- 7 Die Vorteile, die mit einem Verbot einhergehen, sind für uns klar: Die
- 8 Feinstaubbelastung ist geringer, es entsteht weniger Müll, es kommt zu weniger
- 9 Verletzungen für Tiere und Menschen und weniger Menschen müssen ihren Alltag
- 10 einschränken. Denn durch das Feuerwerk werden zahlreiche Menschen nicht nur an
- 11 Silvester, sondern auch Tage vorher belastet. Insbesondere für
- 12 Tierbesitzer*innen und Familien mit kleinen Kindern führt dies zu einer nicht
- 13 notwendigen Einschränkung. Außerdem kann die Geräuschkulisse vor allem für
- 14 Menschen mit Fluchterfahrungen oder demente Personen retraumatisierend wirken.
- 15 Deswegen setzen wir uns für ein deutschlandweites Böller- und Feuerwerksverbot
- 16 für Privatpersonen ein. Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer
- 17 Möglichkeiten das Böllerverbot umzusetzen und ein Böllerverbot als
- 18 Bundesratsinitiative einzubringen.
- 19 Wir verurteilen die rassistische Debatte im Nachgang des letztjährigen
- 20 Silvesters auf Schärfe. Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend
- 21 Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr
- 22 rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein.
- 23 Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw.
- 24 universitären Kontextes kostenlos zugänglich sein. Aus mehreren
- 25 Debattenbeiträgen der letzten Jahre wissen wir, dass die schleswig-holsteinische
- 26 Bildungsministerin nicht genug Sensibilität für den Themenbereich
- 27 Diskriminierung besitzt. Deswegen soll die Zuständigkeit hierfür beim
- 28 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und
- 29 Gleichstellung liegen.

Unterstützer*innen

Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Martina Behrens-Krull (KV Kiel); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Maren Utesch (KV Kiel); Bene Schwake (KV Kiel); Zoe Engel (KV Lübeck); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Sonja Vogt (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Torge Klein (KV Rendsburg-Eckernförde); Matthias Albig (KV Kiel); Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Lea Reimann (KV Rendsburg-Eckernförde); Louisa Wiethold (KV Kiel); Claudia Block-Giencke (KV Stormarn); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen)